

Danziger Zeitung.

№ 8171.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint wöchentlich 12 Mal. — Verkäufe werden in der Expedition (Kettnerbaggasse No. 4) und auswärts bei allen Kaiserl. Postanstalten angenommen. Preis pro Quartal 1 R. 15 S. Auswärts 1 R. 20 S. — Inserate, pro Petitzeile 2 S., nehmen an: in Berlin: H. Albrecht, A. Reimeyer und Rud. Wölfe; in Leipzig: Eugen Fort und H. Engler; in Hamburg: Hasenhein & Bogler; in Frankfurt a. M.: C. L. Daube u. die Jäger'sche Buchhandl.; in Hannover: Carl Schäfer; in Götting: Neumann-Hartmann's Buchhandl.

1873.

Telegr. Depeschen der Danziger Zeitung.

Angekommen den 21. October, 7 Uhr Abends.
Posen, 21. Oct. Das hiesige Kreisgericht verurtheilte den Erzbiſchof Ledochowski wegen Androhung der Excommunication gegen den hiesigen Religionslehrer Schröter, welcher die schlesische Staatskatholiken-Adresse unterzeichnet hat, auf Grund des Gesetzes vom 13. Mai d. J. zu 300 Thaler Geldbuße event. zu zweimonatlichem Gefängniß.

Angekommen den 21. Octbr., 8½ Uhr Abends.
Paris, 21. Oct. Der „Moniteur universel“ faßt die von der Neumanncommission der Rechten entworfene Resolution, welche die Basis der Verhandlungen über die Restauration bilden soll, dahin zusammen: Gleichheit Aller vor dem Gesetz, Unfähigkeit Aller zu Aemtern des Civil- und Militärdienstes, Religionsfreiheit ohne Unterschied zwischen den bestehenden Culten, Pressfreiheit nur mit durch öffentliche Ordnung gebotenen notwendigen Garantien, jährliche Steuerbewilligung durch Landesvertretung, Aufrechterhaltung und Organisation des allgemeinen Stimmrechts. Der endgültige Wortlaut dürfte erst in letzter Stunde festgesetzt werden.

Deutschland.

x Berlin, 21. Oct. Es ist gewiß, daß unter den Königsmaasern in Frankreich und den Clerikalen aller Herren Länder ein Connez besteht, der bis in die officiellen Sphären des Mac Mahon'schen Regimes reicht und auch die französischen Gesandtschaften im Auslande berührt. Wir hören, daß compromittende Briefe ultramontaner Persönlichkeiten über die bourbonnischen Aussichten auf die Throne Frankreichs und Spaniens an bekannte französische Diplomaten gelangt sind. Es darf erwartet werden, daß die deutsche Regierung durch ihre Organe einen Theil der Beschuldigungen zurückweisen wird, welche die französische Diplomatie durch ihre Pressagenten verbreiten läßt. So ist es u. A. unwahr, daß zwischen dem deutschen Cabinet und der schweizerischen Eidgenossenschaft ein Meinungsaustrausch über die gegenseitigen Maßregeln gegen die „katholische Kirche“ stattgefunden und als Resultat ein Abkommen bezüglich der etwa einzuschlagenden Wege getroffen worden sein soll. Die Verächtlichkeit ist plump erfunden, um so plumper, als es ur Genüge bekannt, daß die deutsche Regierung in ihrem Kampfe gegen den Ultramontanismus andere Wege als der schweizerische Bundesrath einschlägt. Wingerth gab hierüber während seiner hiesigen Anwesenheit folgende picante Characteristik: Die deutsche Regierung stützt sich auf die Staatsraison, die italienische faßt die römische Hierarchie am Gelbbeutel, und die Schweiz entledigt sich der Pfaffen auf demokratischen Wegen. — Die schwächlichen Versuchungen der hiesigen Alt-conservativen zur Organisation für die bevorstehenden Wahlen in Berlin werden von den Lichtern und Erleuchteten der eigenen Partei als gescheitert betrachtet. Man giebt von dieser Seite jetzt die Parole der Wahlenthaltung aus, oder, wenn dies nicht thut, soll man sich selbst wählen. Die Gouvernmental-Conservativen werfen die Platte nicht ins Korn, sondern werden die Namen ihrer Candidaten demüthig proclamiren und ihren Committenten ins Haus senden. — An die bisherigen Abgeordneten der liberalen Parteien, welche in Berlin ihren Wohnsitz haben, ist aus verschiedenen Wahlkreisen der alten und neuen Provinzen die Aufforderung gelangt, sich gegenüber den Ultramontanen oder Conservativen als Candidaten zu präsentieren. Dieser Forderung kann nur in den wenigsten Fällen entsprochen werden, weil sich die Beforgniß geltend macht, daß die bisherigen Wahlkreise durch die Ablehnung der Abgeordneten und die Wahlen einer Neuwahl bei einer allfälligen Doppelwahl schon gemacht werden könnten. — Für die Vertreibung agrarischer Wahlen ist von conservativer Seite eine Geldsammlung eingeleitet worden, deren Erlös jedoch den Erwartungen nicht entsprochen hat.

Fortschritte in Wissenschaft und Technik. I.

Des Menschen eigentümliches Studium ist der Mensch, und die schönste würdigste Kunst ist die Kunst zu leben. „Allen Gewalten zum Troß sich erheben“, ist oberste Maxime, und der Gewalt der Leidenenschaften zu widerstehen ist das erste Gebot der Klugheit und der Moral. Die Moral also ist die Kunst, das Leben zu verlängern, denn die Leidenenschaften sind unsere grimmigsten Feinde.
Wir kommen zu dieser freilich nicht ungewöhnlichen Betrachtung in Folge eines Blicks auf die Sterblichkeitsstatistik. Es ist auffallend, in wie ungeheurer Weise die „plötzlichen Todesfälle“ zunehmen. Der Herz-, Lungen- und Gehirnschlag, der Schlaganfall überhaupt beginnt förmlich verheerend unter der Bevölkerung unserer großen Städte zu wüthen. Er geht fast immer Hand in Hand mit irgend einem Herzklappenfehler, einer Herzvergrößerung, oder Herzbeutelwassersucht. Schwindel ist auch im Zunehmen und bildet im Gegensatz zu den plötzlichen — die langsame Todesfälle, die qualvollen und mühseligen. Schwindel und Herzkrankheiten aber haben fast immer ihre Ursache in den Verheerungen der Lebenskraft. So oder so, ob die Lebenskraft eine langsame, schleichende oder zündende wie der Blitz, ob wir es mit zehrenden Fiebern und nagenden Schmerzen, träger Athemlosigkeit und dumpfer Freudlosigkeit oder mit schnappernder Hast und gier, wildpulsender Angst und krampfhafter Eroberungsmuth zu thun haben, immer bleiben diese Erschei-

Als Beweis dafür wird uns angeführt, daß der Wahlagitationsfonds der Agrarpolitiker bereits zur Reize geht, und ihre Protectoren nicht mehr geneigt sind, ohne Aussicht auf einen Wahlerfolg weitere Beiträge zu entrichten. — Seitens der hiesigen Ultramontanen wird noch immer mit einer gewissen Mißachtung der altkatholischen Bewegung gedacht. Um den Beweis dafür zu führen, dementiren sie das Gerücht, als ob Bischof Kettler von Mainz es der Mühe werth gefunden, gegen die staatliche Anerkennung des Bischofs Reinens Protest einzulegen. Formell richtig mag dies sein, aber ebenso gewiß ist auch, daß der Schlag ins Wasser beabsichtigt gewesen, daß aber von hier aus gerathen wurde, den Protest auf einen geeigneteren Zeitpunkt zu verlagern. — Bei der Beratung des diesjährigen Staatshaushaltsplans im Abgeordnetenhaus wird von den liberalen Parteien der Antrag eingebracht werden, an Stelle des Systems der Minimal- und Maximalgehälter der Beamten feste Gehälter mit von 5 zu 5 Jahren steigenden Alterszulagen zu setzen. — Seitens der national-liberalen Partei in Breslau wird auf den Vorschlag ihrer hiesigen Freunde wahrscheinlich Prof. Kommissen als Candidat aufgestellt werden.

— Prinz Friedrich von Hohenzollern, jüngerer Bruder des Fürsten Carl von Rumänien, hat sich mit sechsmonatlichem Urlaub nach Bulgarien begeben. Die verlautet, beabsichtigt der Prinz sich dort unter Anderem auch mit der Erlernung der Landessprache zu beschäftigen. Die Ehe des Fürsten Carl ist, wie bekannt, bis jetzt ohne männliche Nachkommen geblieben und in militärischen Kreisen Rumäniens hat sich deshalb wiederholt schon der Wunsch geltend gemacht, Prinz Friedrich möge ein Armeecommando daselbst übernehmen, um auf diese Weise den Verhältnissen des Landes dauernd nahe gerückt zu sein.

(D. N.)
München, 18. Oct. Bekanntlich hat der Jesuitenpater Graf Fugger-Glött, nachdem seine Beschwerde wegen der nach dem Gesetze wider ihn verfügten Ausweisung aus Regensburg sowohl von der Kreisregierung der Oberpfalz als auch vom Staatsministerium des Innern abgewiesen worden war, noch die Berufung an den Staatsrath ergriffen, wobei er sich auf den § 5 der IV. Verfassungsbeilage (den Ständeherrn steht für ihre Person und für ihre Familien die unbeschränkte Freiheit zu, in einem jeden zum deutschen Bund gehörigen, oder mit demselben im Friedensstand befindlichen Staat ihren Aufenthalt zu wählen) stützte. Wie die „Allg. Z.“ vernimmt, hat jetzt der völkische versammelte Staatsrath die Berufung verworfen, die Entschließung des Staatsministeriums des Innern vollinhaltlich bestätigt, und hat Sr. Maj. der König diesem Beschlusse bereits seine Genehmigung erteilt.

Frankreich.

Paris, 18. Oct. „Bien public“ schreibt: Die Cabinette von Berlin und Rom setzen nicht ohne Grund voraus, daß die Hilfsmittel, welche die jüngere Linie anwenden würde, um sich an der Gewalt zu erhalten, keine geringeren Verlegenheiten hervorrufen dürften, als die reactionäre Politik des Grafen von Chambord. Als Allianzen konnten die Orleansisten Frankreich nur die der Polen anbieten. Durch ein merkwürdiges Zusammentreffen scheinen die beiden Bourbonnen-Linien dazu bestimmt zu sein, eine Annäherung zwischen Rußland und Frankreich zu verhindern. Im Augenblick, wo sich die polnischen Notabilitäten nach Frohsdorf begeben, um den Grafen von Chambord der Wiederherstellung des Königreichs Polens zu gewinnen, erinnern sich die russischen Staatsmänner der Rede, in welcher Mgr. Dupanloup die Solidarität der Prinzen von Orleans mit der polnischen Opposition bekräftigte. „Frankreich“ — so sprach der bereite Prälat, als er die Ehe des Prinzen Gascornys mit der Tochter des Herzogs von Nemours einsegnete — „wird für Sie ein neues Vaterland sein, bis Ihnen das Ihrige zurückgegeben sein wird“. Es bleibt zu wissen übrig, ob Frankreich sich durch solche Versprechen verpflichtet glaubt, welche das Mißtrauen der Mächte Betreffs

der äußeren Politik der orleanistischen und parlamentarischen Monarchie vollständig rechtfertigen.“ Schon jetzt sind die Beziehungen zu verschiedenen Mächten nichts weniger als herzlich und eine Erhöhung der Spannung gilt selbst in legitimistischen Kreisen für wahrscheinlich, wenn es zur Herstellung der Monarchie gekommen ist. Ein der clerikal-legitimistischen Partei angehöriger Mann sagte heute mit größter Entrüstung: „Diese Deutschen besitzen nicht den geringsten Edelmut. Sie wollen nicht warten, bis der König Frankreich wieder zu einer starken Nation gemacht.“

Paris, 19. October. Grévy läßt in einer Flugschrift „Die nothwendige Regierung“ seine warnende Stimme vernehmen. An der Hand Tocqueville's führt er in nüchtern, kerniger Sprache aus, daß Frankreich, als die reine Demokratie, die es unwiderstehlich geworden ist, nur in republikanischer Form fortbestehen könne, und daß Volkssouveränität und Monarchie nun einmal unvereinbar wären. Einen großen Erfolg wird die philosophisch gehaltene Schrift kaum erzielen. Der Fanatismus ist wieder einmal entseßt. Stellsucht und Servilismus tragen ihm die Schleppe und das französische Staatsschiff treibt neuen Stürmen entgegen. — Die „Liberte“ will wissen, daß mehrere Mitglieder des Cabinets seit gestern in Folge der aus dem Departements über die feindselige Stimmung der Bevölkerung eingegangenen Nachrichten in Beziehung auf die Restaurationfrage wieder wandelnd geworden seien. Für den Fall, daß die Restauration in der Assemblée nicht die Mehrheit erhalten und der Marschall Mac Mahon von der Präsidenschaft zurücktreten sollte, hätten die Monarchisten den Herzog von Aumale, die Republikaner den General Chanzy als Candidaten für das Präsidium der Republik in Aussicht genommen.

Spanien.

Madrid, 16. October. Nach einer in Borreda bei Aрга gehaltenen Versprechung haben sich Don Juan de Borbon, Don Alfonso und seine Gemahlin Maria und außerdem der Sohn des Marquis de la Romana nebst einigen anderen Offizieren über Puigcerda nach Frankreich begeben. General Plana, Brigadier Freixa, Oberst Casanova und Major Abellado sind ebenfalls, und zwar bei Campodon, nach Frankreich übergetreten. — In Fran wurden Verhaftungen von Frauen der carlistischen Partei vorgenommen. Die Carlisten hatten nämlich die außerhalb der Stadt wohnende Mutter von vier jungen Leuten, die nach Frankreich geflüchtet waren, festgenommen und einige Kühe weggeführt, weshalb die Republikaner, um Vergeltung zu üben, sechs Frauen oder Töchter von Carlisten in Haft nahmen.

England.

London, 18. Octbr. Gestern tagte hier eine zahlreiche besetzte Konferenz der Freunde des durch Bright zum politischen Wahlruf erhobenen „freien Frühstücks“. Die Hauptredner waren George Potter, Howell und Briggs. Potter machte die Versammlung darauf aufmerksam, daß Gladstone's Uebnahme des Schatzkanzleramtes offenbar darauf hinwende, daß der Schwerpunkt der künftigen Regierungspolitik in dem Finanzwesen liegen werde. Deshalb sei es an der Zeit, dem Schatzkanzler die Wünsche des Volkes in Bezug auf die Besteuerung vorzutragen. Bei ordentlicher Einteilung lasse sich sich recht wohl ein Budget herstellen, welches die Lebensbedürfnisse der niederen Klassen von aller Besteuerung befreie, wie Bright es ja versprochen habe. Die Wiederaufnahme Brights in das Cabinet heute an, daß seine An- und Absichten wieder zu Ehren gekommen sind. Es wurde beschlossen, eine Deputation an Gladstone zu entsenden und ihn um Befreiung der nothwendigen Nahrungsmittel von jedweder Steuer anzugehen.

— Das letzte Urtheil in der Liquidation der Versicherungsgesellschaft „Albert“ soll in den ersten Tagen des November zur Verhandlung kommen. Damit wird dieses langwierige, unerfreuliche Geschäft endlich abgewickelt sein. Es steht noch eine kleine Dividenden-Erklärung bevor, die voraussichtlich 5 P. im Pfunde nicht übersteigen wird. Dadurch würde die Zahlung im

Ganzen auf 3 S. 11 P. im Pfunde, d. h. etwa 19½ Proc. cent, gebracht.

Türkei.

In Sachen des bosnischen Conflicts geht der „R. Z.“ aus Wien die Nachricht zu, es sei eine Note des Grafen Andrássy an die türkische Regierung abgegangen, in welcher derselbe die in dem türkischen Memorandum enthaltenen Beschwerden zu widerlegen suche. In Weiterem werden in derselben ausgeführt, daß die ungewöhnliche Art der Veröffentlichung und Versendung des Memorandums an die auswärtigen Mächte eine Beleidigung Oesterreichs involvire, für die dasselbe eine eclatante Genugthuung in Anspruch nehmen müsse. Ein Hinweis auf die Einzelheiten einer solchen Genugthuung werden in der Note Andrássy's nicht gegeben. Von unterrichteten Personen werde aber die Ansicht ausgesprochen, daß sich Oesterreich mit der Absetzung des Gouverneurs von Bosnien, Asim Pascha, des Urhebers des Memorandums, und mit einer Erklärung des Großvezirs, worin derselbe wegen des ganzen Vorganges um Entschuldigung bitte, begnügen werde. Man hoffe, die Farte werde einem solchen Ausgange zur Ausgleichung des entstandenen Conflicts nicht abgeneigt sein.

Amerika.

Auch in Buenos-Ayres ist eine altkatholische Gemeinde in der Bildung begriffen. Sie wird für's Erste ihren Gottesdienst in der deutsch evangelischen Kirche abhalten. Ihr Prediger ist der katholische Pfarrer Dr. Emilia Castro-Boedo, der schon seit Jahren den Clerikalen mißliebig war; letzteres um so mehr, als er sogar dem Freimaurerbunde angehörte, wofür er von den geistlichen Behörden zu verschiedenen Malen gemahnt worden. Er ist auch als Schriftsteller bekannt; sein letztes Werk, über die Schiffbarkeit des Bermejo und über den Gran Chaco, hat eine gute Aufnahme gefunden.

Danzig, den 22. October.

* [Stadtverordneten-Sitzung am 21. Oct. c.]
Vorstand: Hr. Bischoff; der Magistrat ist durch die H. Stadträte Labedwig und Strauß vertreten. — Die Staats-Revisions-Commission pro 1873 besteht aus den H. Baum, Werens, Breitenbach, Damm, Engel, Gronau, Gibione, Goldschmidt, Helm, Kuhl, Maglo, Rosenheim, Schottler, Siefert, Steffens, Tröger und Behlow. Hr. Klein wünscht, daß die Beratung der Etats wieder wie früher im Plenum geschehe und nicht, wie in den letzten Jahren, in Commissionen. Die Schwierigkeiten bei Feststellung des nächstjährigen Etats fordern seiner Ansicht nach zu ganz besonderer Thätigkeit aller Mitglieder auf. Ferner beantragt er, daß der Hauptetat durch Druck vervielfältigt und an die einzelnen Mitglieder verteilt werde. Hr. Steffens erwidert die Veranlassung, den ersten Antrag des Hrn. Klein abzulehnen, und behauptet, daß die Beratungen in der Commission gründlicher und erfolgreicher sind, als diejenigen im Plenum. Den Antrag auf Druck des Hauptetats und Verteilung unterhört derselbe. Hr. Goldschmidt giebt ebenfalls den Beratungen in der Commission den Vorzug; im Plenum werde nur der Bericht des Referenten verlesen, während in der Commission über Personenfragen und Details ungenügend diskutiert werde. Die Veranlassung lehnt den ersten Klein'schen Antrag ab, genehmigt die Vervielfältigung des Hauptetats im Auszuge und wählt die bisherigen Commissionsmitglieder auch für 1874 an Stelle des ausgeschiedenen Hrn. Schulz als 18. Mitglied Hrn. A. Klein. Das Kammerverordneten-Krass, auch „Nonnenhof“ genannt, welches auf die 12 Jahre vom 1. Mai 1862 bis dahin 1874 an den Pächter Kaminiski gegen einen jährlichen Zins von 491 R. verpachtet ist, ist vom Magistrat zum Verkauf gestellt. Im Termin am 30. August c. ist der bisherige Pächter mit dem Gebot von 9045 R. Meistbietender geblieben. Die Veranlassung erteilt ihre Zustimmung zum Verkauf des qu. Vorwerks. — Seit dem Jahre 1851 besteht mit der Wobelschen Buchdruckerei ein Abkommen, nach welchem dieselbe zu gewissen Sätzen die Bekanntmachungen des Magistrats im Intelligenzblatt zu inseriren und die Protocolle der Stadtverordneten-Versammlungen zu drucken hat. Der jetzige Verwalter der Druckerei, Hr. Blottner, hat um Erhöhung der Preisanläge gebeten, wodurch eine jährliche Mehrausgabe von ca. 50 R. verursacht wird. Magistrat beantragt und die Veranlassung bewilligt die Aufbesserung der Preisanläge. — Der auf dem Grundstück Steinbamm No. 3 ruhende

einen Theil der Gesundheits-Gesetzgebung bilden, welche ja anerkannter Maßen den Weg zu den unausschießbaren Lösungswegen bahnt, die uns die „sociale Frage“ auferlegt. Und diese ganze Frage wird verschwinden, sobald man sie in ihre Elemente zerlegt, um, was als Ganzes keine Menschenmacht bewältigen könnte, alsdann in Stücken unter Hurrab und Vivat zu einem schönen und grandiosen Gebäude zusammenzufügen — nach Art der Pyramiden, nur nach einem moderneren und wohlthätigeren Baustyl — weniger monumental, mit einem Worte, d. h. weniger bürocratisch, weniger centralistisch.

Die Statistik aber ist es ja nicht allein, welche die Menschheit glückselig macht, alle Wissenschaft trägt dazu bei, uns zu befreien und das Elend zu lindern. „Les jeunes gens“, wie Voltaire sagt, „verront de belles choses“. Dieses Wort gilt jetzt fort und fort. Es ist, als ob wir in die Tropen der Erkenntniß gelangt wären, ein Blatt treibt das andere, sich zu entfalten, eine Knospe sprengt die andere und die Stämme schießen empor, schön und schlank wie Palmen, so daß wirklich heutzutage ein sehr verdäufelter Charakter dazu gehört und der Mensch sich in sehr großem Elend befinden muß, um nicht entzückt über das göttliche Ansehen zu sein, das, wie Goethe sagt, uns hier auf Erden gern eine Weile gönnt und gelassen wird, um nicht für die Zukunft des Menschengeschlechts — dem Pessimismus gegenüber — neue Hoffnung zu schöpfen.

